



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
39. Sitzung des Bauausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 03.11.2025
Sitzungsbeginn:	16:07 Uhr
Sitzungsende:	19:41 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Dr. Ulrich Brock - CDU	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Jochen Mauritz - CDU	
Kristin Blankenburg - SPD	
Kimberly D`Amico - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Silke Mählenhoff Zweite Stellvertr. Stadtpräsidentin
Julian Lange - SPD	
Sascha Luetkens - LINKE & GAL	
Arne-Matz Ramcke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Detlev Stolzenberg - Die Fraktion	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Steffen Hamer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Herrn Stephan Wisotzki
Jan Ingwersen - CDU	Vertretung für: Herrn Jörg Sellerbeck
Klaudia Kohlfaerber - SPD	
Ulrich Pluschkell - SPD	
Oliver Prieur - CDU	
Dan Teschner - FDP	
Beiratsmitglieder	
Christa Renzow - Beirat für Senior:innen	Nur öffentlicher Teil
Joachim Schulz - Naturschutzbeirat Naturschutzbeirat	Bis TOP 5.5
Christian Brandt - Beirat für Menschen mit Behinderungen	Bis TOP 3.3
Verwaltung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Katharina Belchhaus - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	

Dennis Bunk - 5.651 Gebäudemanagement	Bis TOP 11.2
Guido Kaschel - 5.691 Lübeck Port Authority	Bis TOP 5.5
Ute Obel - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	Bis TOP 5.9
Ulrike Schölkopf - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur öffentlicher Teil
Arnd Babendererde - 5.651 GMHL	Nur öffentlicher Teil
Dr. Friedrich Gottelt - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	Bis TOP 5.9
Christian Stolte - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Bis TOP 5.5
Stefanie von Klönczynski - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Bis TOP 6.4.4
Protokollführung	
Wilk Wendorff - 5.061 Fachbereichsdienste	
Gäste	
Jörg Brauer - Kaufland Dienstleistung Nord GmbH & Co. KG	Bis TOP 6.4.4
Clara Döge - NAH.SH GmbH	Bis TOP 5.8
Matthias Schulz - Ramboll Deutschland GmbH	Bis TOP 5.8
Damian Wansleben - André Poitiers Architekt GmbH	Bis TOP 6.4.4
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Zweite Stellvertr. Stadtpräsidentin	Entschuldigt abwesend
Jörn Twesten - AfD	Entschuldigt abwesend
Stephan Wisotzki - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Entschuldigt abwesend
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Jörg Sellerbeck - CDU	Entschuldigt abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.07.2025	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.09.2025	
2.3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.10.2025	
3	Beschlussvorlagen	
3.1	Verkehrsentwicklungsplan - Teilgutachten Potenzialanalyse Straßenbahn	VO/2024/13418
3.1.1	Kosten-Wirksamkeits-Analyse Zukunftsszenarien ÖPNV	2024/13418-01-01
3.1.2	Chancen und Perspektiven durch alternative Systemansätze zur Straßenbahn	VO/2025/14411
3.2	Haushalt 2026	VO/2025/14306
3.3	Erhaltungsstrategie Fahrbahnen	VO/2025/14616
4	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
5	Berichte	
5.1	Ergebnis der Organisationsuntersuchung Technisches Gebäudemanagement	VO/2025/14168
5.1.1	Antwort auf die Anfrage des AM Arne-Matz Ramcke (Bündnis 90/Die Grünen) zur Organisationsuntersuchung technisches Gebäudemanagement	VO/2025/14472-01
5.2	Quartiersgaragen in Lübeck	VO/2025/14383
5.3	Bericht zum aktuellen Bearbeitungsstand "Notfallplan Verkehrssicherheit"	VO/2025/14506
5.4	Bericht zum Kenntnisstand über die Sanierungsnotwendigkeit nach Abschluss der Bestandsanalyse und Grundlagenermittlung für das Theater Lübeck	VO/2025/14519
5.5	Zwischenbericht zur Konkretisierung der kommunalen Wärmeplanung	2024/13808-03-01
5.6	Ergebnis der Überprüfung der tarifrechtlichen Eingruppierung der Reinigungskräfte in der Unterhaltsreinigung der	VO/2025/14516

	Hansestadt Lübeck	
5.7	Lübeck-Travemünde, Priwall - Kohlenhofkai Bericht zur Vorplanung für die Umgestaltung	VO/2025/14370
5.8	Weiterentwicklung des Schleswig-Holstein-Tarifs (SH-Tarif) - geplante Änderungen ab dem 01.01.2027	VO/2025/14413
5.9	Bericht zu den Energetischen Quartierskonzepten Broiling- platz und Gravensteinstraße	VO/2025/14499
5.10	Zwischenbericht "Fahrschein gegen Führerschein" - Durch- lauf 2023	VO/2025/14602
6	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
6.1	Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen	
6.1.1	Antwort auf die Anfrage des AM Dr. Ulrich Brock (CDU) zum Raumbedarf an der Schule Grönauer Baum	VO/2025/14033-01
6.2	Neue Anfragen	
6.3	Mitteilungen des Vorsitzenden und der Fachbereichsleitung	
6.4	Sonstige Mitteilungen	
6.4.1	Sitzungstermine Bauausschuss 2026	VO/2025/14459
6.4.2	Mündliche Mitteilung (5.610): Mobilitätskonzept Neue Teu- tendorfer Siedlung	
6.4.3	Wochenmarkt am Brink: Erreichbarkeit während der Bau- maßnahmen zum Radschnellweg; Inanspruchnahme von Wochenmarktsflächen im Zuge der Baumaßnahmen	
6.4.4	Mündliche Mitteilung (5.610): Sachstand der Entwicklung und konzeptionelle Rahmenbedingungen zum ehem. Schlachthofgelände	
6.4.5	Mündliche Mitteilung (5.610): Bauvorhaben Damaschke- straße	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Sascha Luetkens (Fraktion Linke & GAL): Nachpflan- zung von Alleebäumen in Ivendorf	VO/2025/14554
7.2	Antrag von AM Sascha Luetkens (Fraktion Linke & GAL): Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Ratzeburger Allee für die Zeit der Baustellensituation	VO/2025/14566
7.3	Antrag AM Stolzenberg (Die FRAKTION): Prüfauftrag zur Errichtung einer öffentlichen Sport- und Freizeitanlage im Orkney Park in Travemünde	VO/2025/14607

7.4	Jochen Mauritz (CDU), Arne-Matz Ramcke (BÜ90/DIE GRÜNEN), Dan Teschner (FDP): Zweispuriges Abbiegen von der Straße "Bei der Lohmühle" nach links in die Fackenburg Allee	VO/2025/14617
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung von TOP 3.1, TOP 3.1.1 und TOP 3.1.2, da es noch Abstimmungsbedarfe der Fraktionen gebe.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung von TOP 5.1 und TOP 5.1.1, da es hierzu ebenfalls noch Beratungsbedarfe gebe.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung von TOP 11.1, da es noch Abstimmungsbedarfe mit der KWL GmbH als projektverantwortlichem Partner gebe.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende beantragt die Vorziehung von TOP 6.4.4.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende beantragt, den TOP 5.9 direkt im Anschluss an den TOP 5.5 aufzurufen.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende beantragt die gemeinsame Behandlung von TOP 6.4.3 und TOP 7.2.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung von TOP 6.4.5.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

AM Stolzenberg bittet darum, in der nächsten Sitzung einen Teilbericht im öffentlichen Teil zum Parkhaus Holstentor zu halten, da das Thema von öffentlichem Interesse sei.

Senatorin Hagen weist darauf hin, dass sich das Projekt derzeit im Vergabeverfahren befindet und das Thema daher aktuell nicht öffentlich behandelt werden könne.

AM Stolzenberg entgegnet, dass die Alternative im öffentlichen Teil diskutiert werden könne.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Vorlage nichtöffentlich zu behandeln sei. Es spreche aber aus seiner Sicht nichts dagegen, dass das Parkkonzept in einer späteren Sitzung behandelt werden solle. Die Öffentlichkeit wolle auch wissen, wie es mit der Parksituation weitergehe.

AM Pluschkell kritisiert, dass der TOP 3.1 erneut vertagt werden solle, die SPD-Fraktion sei bereits seit einem halben Jahr beschlussfähig. Weiterhin gebe es zum Parkhaus Holstentor einen klaren öffentlichen Bürgerschaftsbeschluss, insofern solle auch öffentlich über die Maßnahme diskutiert werden.

AM Lange erfragt, ob der TOP 11.1 ggf. doch noch aufgerufen werden könne.

Der Vorsitzende antwortet, dass der TOP bereits vertagt worden sei, aber er könne im nicht-öffentlichen Teil unter Verschiedenes hierzu noch einige Informationen geben.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP en bloc abstimmen.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Bauausschuss beschließt die Tagesordnung nach Maßgabe der gefassten Beschlüsse.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.07.2025

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.09.2025

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

zu 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.10.2025

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

zu 3 Beschlussvorlagen

**zu 3.1 Verkehrsentwicklungsplan - Teilgutachten Potenzialanalyse Straßenbahn
Vorlage: VO/2024/13418**

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	

	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 3.1.1 Kosten-Wirksamkeits-Analyse Zukunftsszenarien ÖPNV
Vorlage: 2024/13418-01-01

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 3.1.2 Chancen und Perspektiven durch alternative Systemansätze zur Straßenbahn
Vorlage: VO/2025/14411

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 3.2 Haushalt 2026
Vorlage: VO/2025/14306

Der Vorsitzende erfragt, wann die Fragen aus der letzten Sitzung beantwortet werden. Herr Wendorff erläutert, dass eine Vorlage auf der Tagesordnung der Haushaltssitzung stehe, in deren Anlage die Anfragen aus den Ausschüssen beantwortet worden seien. Die Vorlage könne seit heute Nachmittag eingesehen werden. Sie stehe unter TOP 9.5.1 auf der Tagesordnung der Bürgerschaftssitzung am 06.11.2025 (VO/2025/14306-04).

AM Ramcke erkundigt sich bzgl. der Zuschüsse des Landes zur Aufgabenträgerschaft ÖPNV, ob die Mittel des Bundes für die Unterstützung der Kommunen vollständig durchgereicht

werden würden oder ob das Land Mittel davon einbehalte. Es sei nicht relevant für die Entscheidung, aber er würde die Information gerne bekommen.
Senatorin Hagen sagt eine Prüfung zu.

AM Ramcke fragt, warum im Haushalt Mehraufwände für die Planungen im Gründungsviertel enthalten seien. Seiner Kenntnis nach seien die Planungen abgeschlossen und es müssten nur noch einige der Verkäufe getätigt werden. Er möchte wissen, wofür die Planungsmittel eingestellt seien.

Sensorin Hagen merkt an, dass es sich um die dortige Straßenplanung handeln könne.

AM Ramcke entgegnet, dass die Mittel unter dem Bereich Stadtplanung und Bauordnung eingestellt seien, und nicht unter dem Bereich Stadtgrün und Verkehr.

Sensorin Hagen sagt zu, dies noch einmal zu überprüfen.

AM Pluschkell verweist auf die Diskussion in der Oderstraße in der letzten Sitzung und stellt einen Vorschlag vor, wie mit der dortigen Verkehrssituation umgegangen werden könne. Hierzu hat er eine Darstellung vorbereitet, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er bittet darum, zu prüfen, ob eine solche Maßnahme durchgeführt werden könne.

AM Pluschkell erkundigt sich, warum keine Mittel für den barrierefreien Umbau des Rathausmarktes im Haushalt eingestellt seien.

Frau Schölkopf berichtet, dass die Verwaltung in der Füchtingstraße eine Probefläche geschaffen habe und in der letzten Woche eine Teilfläche auf dem Rathausmarkt testweise geschliffen worden sei. Derzeit werde das Ergebnis dieser Tests abgewartet, da an der Fläche noch einige Dinge nachgearbeitet werden müssten. Dann werde der Test ausgewertet, ob so mit der Rathausmarktfläche verfahren werden könne. Sie würde die Wege dann nicht vollständig als barrierefrei bezeichnen, aber die Wege zwischen den Buden seien deutlich komfortabler und die Maßnahme könne mit konsumtiven Mitteln durchgeführt werden.

AM Pluschkell fragt, ob erstmal eine Probebegehung der Testfläche durchgeführt werden solle und die Maßnahme dann 2027 kommen könne.

Frau Schölkopf erläutert, dass die Verwaltung mit diesem Test prüfen wolle, ob das Vorgehen funktioniere, da die Maßnahme auch Geld kosten werde. Hierzu würden auch die Denkmalpflege, der Senior:innenbeirat und der Beirat für Menschen mit Behinderungen eingebunden. Erst anschließend könne der Umfang der Maßnahme festgelegt werden.

Der Vorsitzende möchte wissen, ob die Oberfläche dann ähnlich wie in der Fleischhauerstraße sei.

Frau Schölkopf antwortet, dass sie das aktuell nicht beantworten könne.

AM Pluschkell fragt, ob es seitens der Verwaltung eine Empfehlung geben würde, wie mit dem Leuchtenfeld umgegangen werden solle.

AM Mauritz verweist darauf, dass es diverse Anfragen gebe, wie in Travemünde geplant werde. Erstmal solle dies von der Verwaltung dargestellt werden, bevor Geld für einzelne Maßnahmen ausgegeben werde.

Sensorin Hagen ergänzt, dass der Antrag lautete, alle Planungen zusammenzustellen und als Übersicht zur Verfügung zu stellen, damit diskutiert werden könne, auf welcher Grundlage in Zukunft geplant werde.

AM Pluschkell und der Vorsitzende fragen, wann diese Information vorgelegt werden könne.

Frau Belchhaus sagt, dass die Information 2026 gegeben werden solle. Es handle sich um eine komplexe Thematik, da diverse Themen ineinander spielen würden.

AM Pluschkell führt aus, dass er nicht nachvollziehen könne, dass alle Investitionen in Travemünde zum Stillstand gebracht werden sollen. Es sei sinnvoll, sich für die einzelnen Konzepte Gedanken darüber zu machen, wie diese vorangebracht werden könnten.

AM Ramcke merkt an, dass in der Budgetübersicht der Stabsstelle Verkehrsfluss u. Geo-Services die Rede von einem Umzug sei und möchte wissen, ob dieser Umzug im Zuge des Raumplanungskonzeptes geplant sei. Weiterhin sei für das GMHL die Deckung der Containerlösung enthalten, wozu er wissen wolle, ob es hierzu eine Überarbeitung oder Überplanung gegeben habe.

Herr Babendererde sagt, dass es sich um die Containerschule an der Kanalstraße handeln müsse.

AM Ramcke berichtet, dass in der damaligen Präsentation die Sachverständigenkosten über 1,2 Mio. EUR aufgeschlüsselt gewesen seien und fragt, ob das nochmal zugeliefert werden könne.

AM Pluschkell fragt, was sich hinter den Mitteln für den Ersatzneubau Sandbergbrücke verberge.

Senatorin Hagen antwortet, dass sich der entsprechende Bericht in Aufstellung befinde.

Der Vorsitzende kritisiert, dass die Politik hier unter Druck gesetzt worden sei, eine Entscheidung zu treffen, jetzt die Politik aber so lange auf die Vorlage hierzu warte. Es erwecke den Eindruck, dass es nicht so dringend hätte sein können.

Senatorin Hagen führt aus, dass die Dringlichkeit dadurch gegeben sei, dass der Zustand der Brücke nicht besonders gut sei, gleichzeitig aber nur so wenig Personal vorhanden sei, sodass es nur nach und nach für die Projekte eingesetzt werden könne.

Der Vorsitzende erwidert, dass er diese Begründung nicht nachvollziehen könne, da an der Maßnahme auch externe Büros beteiligt gewesen seien.

AM Pluschkell möchte wissen, ob der Ausbau an den Hubbrücken in 2025 beginne und welche Maßnahme die Politik hier konkret plane.

Frau Schölkopf berichtet, dass es drei Varianten gebe, die sich derzeit in der Abstimmung mit der Denkmalpflege befinden würden. Diese hätten noch um zusätzliche Visualisierungen gebeten, um eine Entscheidung treffen zu können. Derzeit sei hiermit ein externes Planungsbüro beauftragt.

AM Pluschkell merkt an, dass eigentlich überlegt werden sollte, ob man statt mit zwei Fahrstühlen an der Fußgängerbrücke nur mit einem Fahrstuhl an der Burgtorbrücke auskomme.

Frau Schölkopf entgegnet, dass dies für alle Varianten gelte. Derzeit werde eine entsprechende Vorlage erstellt, die vorher aber stadintern abgestimmt werden müsse.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass im Moment erwogen werde, ob auf eine Spur verzichtet werden könne, dies aber nur entschieden werden könne, wenn man wisse, ob eine Wechsellspur an dieser Stelle leistungsfähig sei. Diese Aussage werde eigentlich benötigt, bevor die Gestaltung des Fahrstuhls mit der Denkmalpflege abgestimmt werde, da man dann wisse, ob die Fahrstühle überhaupt benötigt werden würden. Diese Frage sei offen gewesen und die Politik würde hierzu eine Antwort erwarten.

Frau Schölkopf antwortet, dass die Verwaltung den Beschluss so verstanden habe, dass zu allen drei Varianten Informationen zugeliefert werden sollten.

Der Vorsitzende erwidert, dass die Information zu einer Variante vorgezogen werden könne, um einen Teilbeschluss zu erwirken.

AM Pluschkell weist darauf hin, dass im Haushalt für den Erwerb von Grundstücken recht viele große Einzelmaßnahmen enthalten seien, denen nicht näher entnommen werden könne, was hierzu beschlossen worden sei. Als Beispiele nenne er die Erweiterung der Quarantänestation am Viehhof oder die Erschließung Schlutuper Straße. Er habe Schwierigkeiten zuzuordnen, was sich dahinter verberge.

Senatorin Hagen antwortet, dass es sich bei der Erschließung der Schlutuper Straße um das neue Baugebiet am Lauerhofer Feld handle, welches durch den Fachbereich 2 vermarktet werde. Zu dem anderen Beispiel könne sie aktuell nichts sagen, aber im Haushalt sollten eigentlich Erläuterungen enthalten sein.

AM Pluschkell erklärt, dass in der Bemerkung nur die einzelnen Maßnahmen als Kommentar enthalten seien.

Senatorin Hagen sagt eine Prüfung zu.

AM Pluschkell sagt, dass die Auszahlungen zu Baumaßnahmen perspektivisch auf 149 Mio. EUR steigen würden und hinterfragt, ob die Verwaltung eine solche Summe überhaupt bewältigen könne.

Senatorin Hagen erläutert, dass in der Vergangenheit bereits häufiger vergleichbare höhere Beträge ausgegeben worden seien, und es zudem mittlerweile eine enorme Kostensteige-

rung gegeben habe. Aus ihrer Sicht bestehe eher die Sorge, dass die Verwaltung nicht genug Mittel zur Verfügung gestellt bekommen habe, wenn die Welle an nötigen Sanierungen die Stadt erreiche.

Der Vorsitzende beantragt, die Vorlage ohne Votum an die Bürgerschaft weiterzugeben.
Der Bauausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Beschluss:

1. Der **Haushaltsplan 2026**, bestehend aus

dem Vorbericht	Anlage 1
je Produkt dem Teilergebnis- und dem Teilfinanzplan	Anlage 2
dem Stellenplan sowie	Anlage 3
dem Beteiligungsbericht	Anlage 4

wird beschlossen.

2. Die den Haushaltsanmeldungen zugrundeliegenden Maßnahmen aus den städtischen Budgetübersichten werden wie auch die Durchführungsbestimmungen zur Bewirtschaftung des Haushalts und die Übersicht über die Gebühren und Entgelte zur Kenntnis genommen.

	Anlage 5
	Anlage 6
	Anlage 7

3. Die Konsolidierungsmaßnahmen gemäß werden beschlossen und der Bürgermeister mit deren Durchführung beauftragt.

	Anlage 8
--	----------

4. Der Bürgermeister wird ermächtigt, bis zu einem Betrag von 180 Mio. EUR Kassenkredite mit einer Laufzeit über das Haushaltsjahr hinaus aufzunehmen. Die max. Laufzeit dieser Kassenkredite ist auf das Ende der mittelfristigen Finanzplanung zu begrenzen.

5. Aufgrund der §§ 77ff der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom ... folgende **Haushaltssatzung** erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 wird

1. im Ergebnisplan mit	
einem Gesamtbetrag der Erträge auf	1.192.314.600 EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	1.354.745.500 EUR
einen Jahresüberschuss von	
einen Jahresfehlbetrag von	162.430.900 EUR
2. im Finanzplan mit	
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender	
Verwaltungstätigkeit auf	1.162.432.500 EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender	
Verwaltungstätigkeit auf	1.292.723.900 EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	123.030.300 EUR
160.666.300 EUR	

festgesetzt.

(Stand: 29.07.2025)

§ 2

Es werden festgesetzt:

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	83.382.700 EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	105.320.000 EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	495.000.000 EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	4.450,796

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
	a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	412 %
	b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	575 %
2.	Gewerbsteuer	450 %

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 82 Abs. 1 oder § 84 Abs. 1 GO erteilen kann, beträgt 400.000 EUR. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

§ 5

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2026 auf 50 Mio. EUR festgesetzt.

(Ende des Satzungstextes)

Stellenplan

Der Stellenplan 2025 (4367,217 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2026 um die sich aus der Anlage 3 ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2026** festgesetzt: **4450,796 Planstellen.**

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

	einstimmige Annahme	
--	---------------------	--

Abstimmungsergebnis	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

Der Bauausschuss gibt die Vorlage ohne Votum weiter.

zu 3.3 Erhaltungsstrategie Fahrbahnen Vorlage: VO/2025/14616
--

Senatorin Hagen führt in das Thema ein.

Hierzu reden der Vorsitzende, Frau Schölkopf, AM Ramcke, wieder Frau Schölkopf, wieder AM Ramcke, und wieder Frau Schölkopf.

AM Ramcke stellt den Antrag, den TOP auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.
Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 4 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--

zu 5 Berichte

zu 5.1 Ergebnis der Organisationsuntersuchung Technisches Gebäudemanagement Vorlage: VO/2025/14168

Gemäß TOP 1 vertagt.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 5.1.1 Antwort auf die Anfrage des AM Arne-Matz Ramcke (Bündnis 90/Die Grünen) zur Organisationsuntersuchung technisches Gebäudemanagement
Vorlage: VO/2025/14472-01**

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 5.2 Quartiersgaragen in Lübeck
Vorlage: VO/2025/14383**

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Teschner, Herr Stolte, der Vorsitzende, Herr Schulz vom Naturschutzbeirat, AM Pluschkell und Senatorin Hagen.

Bericht:

Die Verwaltung der Hansestadt Lübeck hat gemäß dem Beschluss des Bauausschusses (VO/2021/10150) den Auftrag, sich konzeptionell mit dem ruhenden Verkehr auf Quartiersebene zu befassen. Das daraufhin erarbeitete „Eckpunktepapier Parken“ (VO/2023/11836) legt Handlungsansätze dar, die als Ausgangspunkt für die weitere Diskussion dienen sollen. Die Handlungsansätze „Parkraumangebote erweitern“, „Parkraummanagement“ und „Standortbezogenes Mobilitätskonzept“ integrieren Quartiersgaragen als Möglichkeit, den Parkdruck in dicht besiedelten Wohngebieten zu mindern. Gemäß dem Folgeantrag VO/2023/11836-01 wird die Verwaltung der Hansestadt Lübeck gebeten, das Thema Quartiersgaragen zu vertiefen, Standorte zu konkretisieren und weitere geplante Maßnahmen zu erläutern.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	

	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.3 Bericht zum aktuellen Bearbeitungsstand "Notfallplan Verkehrssicherheit"
Vorlage: VO/2025/14506**

AM Mauritz fragt, welche Objekte von dem Notfallplan betroffen seien.
Herr Babendererde antwortet, dass er hierzu gerne eine Liste zur Verfügung stellen könne.
Beispiele, die betroffen seien, seien die Sporthalle der Ahornschule, die Heinrich-Mann-Schule und die alte Sporthalle der Albert-Schweitzer-Schule.

Bericht:

Nach zunehmender Häufung von notwendigen, bau- und anlagentechnischen Sofortmaßnahmen zur Abwendung von Gefährdungen insbesondere an Schulgebäuden war das GM-HL im August 2024 in der Ausübung der Betreiberverantwortung gezwungen, das Projekt „Notfallplan Verkehrssicherheit“ zu initiieren. Es dient der schnellstmöglichen Identifikation von bestehenden, konkreten Gefahren für die Nutzenden sowie der Schadensbeseitigung und Wiederherstellung der sicheren Nutzung. In Einzelfällen konnten dabei vorübergehende, notwendige (Teil-) Schließungen nicht mehr abgewendet werden.

Mit diesem Bericht wird über bisherige Ergebnisse und den aktuellen Bearbeitungsstand berichtet sowie ein Ausblick für die weiteren Aufgaben vorgenommen

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.4 Bericht zum Kenntnisstand über die Sanierungsnotwendigkeit nach Abschluss der Bestandsanalyse und Grundlagenermittlung für das Theater Lübeck
Vorlage: VO/2025/14519**

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, der Vorsitzende, Herr Bunk, Senatorin Hagen, AM Ramcke und AM Stolzenberg.

Bericht:

Mit diesem Bericht soll der Kenntnisstand über die Sanierungsnotwendigkeit nach Abschluss der Bestandsanalyse und der Grundlagenermittlung dargelegt werden. Neben den bisherigen Planungstätigkeiten im Projekt werden die aktuellen Kostenprognosen und die Handlungsoptionen erläutert.

Hintergrund

Im November 2020 wurde hinsichtlich einer möglichen finanziellen Förderung von Sanierungsmaßnahmen eine *Formlose Anfrage nach Nr. 1 Verfahrensregelungen RZBau für investive Kulturmaßnahmen gemäß Beschlussfassung des Bundestages vom 29.11.2019* eingereicht. Zuständig hierfür ist der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Referat K 55 – Bauangelegenheiten und Baukultur.

Dabei standen Maßnahmen zur Bauwerkssanierung für einen nachhaltigen Substanzerhalt des kulturellen Erbes (u.a. Sanierung von Fluchttreppen im Außenbereich, Dachflächensanierungen, Sanierung der Sicherheitsbeleuchtung) und Maßnahmen zur Modernisierung der technischen Infrastruktur (u. a. Umstellung auf LED-Beleuchtung, Erhalt technischer Infrastruktur zur Sicherstellung des bestimmungsgemäßen Theaterbetriebs). Die Anfrage weist vor dem Hintergrund einer Bundesförderung in Höhe von 4,5 Mio. € einen Investitionsbedarf als groben Kostenrahmen in Höhe von 9 Mio. € aus. Zudem wird in der Anfrage erläutert, dass diese Investitionen Teil einer notwendigen und vorgesehenen Gesamtsanierung im Umfang von 25 Mio. € sind.

Vorausgegangen waren dieser Förderanfrage Ermittlungen des Investitionsbedarfs, gemeinsam durchgeführt durch das Gebäudemanagement der HL und das Theater Lübeck. Seitens des Theaters fand eine Analyse des Bedarfs an Modernisierungen der theaterspezifischen Gebäudeausstattung (Bühnentechnik, Beleuchtung, zeitgemäße Präsentations- und Vermittlungsformate) statt, seitens des GMHL wurde anhand der vorliegenden Befunde von Gebäudeschäden und dem seinerzeitigen Kenntnisstand über den Instandhaltungsbedarf ein Sanierungsbedarf ermittelt.

In den Überlegungen zur Gesamtsanierung und zur Umsetzung des ersten Sanierungsabschnitts war die Umsetzung im laufenden Theaterbetrieb mit Bauabschnitten und ggf. teils verlängerten Spielpausen im Sommer enthalten.

Alle weiteren Planungen sollten in einem investiven Projekt angestoßen und fortgeführt werden.

Im Zuge der angestrebten Förderung gab es einige Koordinierungsgespräche mit dem Fördermittelgeber. Für die endgültige Zusage ist ein Fördermittelantrag auf Basis abgeschlossener Entwurfsplanungen erforderlich.

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:
Fachbereich 4 – Kultur und Bildung

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X

	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Vorsitzende beantragt trotz Ablauf der einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) noch die TOP 5.5 und TOP 5.9 aufzurufen.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

zu 5.5	Zwischenbericht zur Konkretisierung der kommunalen Wärmeplanung Vorlage: 2024/13808-03-01
---------------	--

Frau Obel führt in das Thema ein.

Hierzu reden AM Ramcke, Frau Obel, wieder AM Ramcke, Herr Dr. Gottelt, wieder AM Ramcke und wieder Frau Obel.

Bericht:

VO/2024/13808-03: Änderungsantrag zur kommunalen Wärmeplanung

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.6	Ergebnis der Überprüfung der tarifrechtlichen Eingruppierung der Reinigungskräfte in der Unterhaltsreinigung der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2025/14516
---------------	--

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X

	Ohne Votum	
--	------------	--

**zu 5.7 Lübeck-Travemünde, Priwall - Kohlenhofkai
Bericht zur Vorplanung für die Umgestaltung
Vorlage: VO/2025/14370**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 5.8 Weiterentwicklung des Schleswig-Holstein-Tarifs (SH-Tarif) - geplante Änderungen ab dem 01.01.2027
Vorlage: VO/2025/14413**

Frau Döge von der NAH.SH GmbH und Herr Schulz von der Firma Ramboll Deutschland GmbH stellen die geplanten Änderungen anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, vor.

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Blankenburg, Herr Schulz von der Firma Ramboll Deutschland GmbH, AM Pluschkell, AM Ramcke, Herr Bahr, Frau Döge, AM Luetkens, AM Hamer, und Frau Renzow.

Bericht:

Die NAH.SH plant unter Einbeziehung der NSH sowie der kommunalen Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen zum 01.01.2027 eine grundlegende Änderung der Tarifsystematik am SH-Tarif umzusetzen. Die Umsetzung ist der Abschluss des im Oktober 2021 gestarteten Projekts „Erstellung eines Tarifentwicklungsplans“, kurz TEP unter Federführung der NAH.SH.

Die Hansestadt Lübeck wurde in dieses Projekt fachlich, sowohl in der Funktion als Aufgabenträgerin für den ÖPNV als auch über die städtische Gesellschaft Stadtwerke Lübeck mobil (SWL Mobil), eingebunden. Hierbei wurden insbesondere die Tarifwünsche des Bürgerchaftsbeschlusses VO/2020/09616-09 eingebracht.

In der Anlage 1 „Der Tarifentwicklungsplan“ sind die Überlegungen und Herleitungen des Tarifkonzepts beschrieben. Das Ergebnis ist ein Tarif, der „Einfach für alle“ werden soll. Der TEP wurde am 16.05.2024 abgeschlossen und bildet die Basis für die Feinkonzeption der geplanten Anpassungen zum 01.01.2027.

In der Anlage 2 sind die geplanten Veränderungen für den Lokalbereich der Hansestadt Lübeck beschrieben. Die dort genannten Preise für die Sortimente spiegeln einen Arbeitsstand wider und dienen erstmal nur zur Orientierung, wie sich die Änderungen auf die aktuellen Fahrpreise auswirken würden.

Die landesweiten Fahrpreise bzw. die neue Tarifmatrix stehen noch nicht fest. Die Änderungen in der Tarifstruktur sind jedoch so umfangreich, dass bereits jetzt hierzu berichtet wird. Die Tarifanpassungen sollen erlösneutral umgesetzt werden, so dass die Hansestadt Lübeck zumindest keine negativen finanziellen Auswirkungen erwarten muss. Lübeck muss der Tarifänderung zustimmen. Ohne Zustimmung kann die Tarifänderung landesweit nicht umgesetzt werden. Eine Beschlussvorlage ist nach Festlegung der Tarifmatrix, voraussichtlich für die Bürgerschaft im ersten Quartal 2026, vorgesehen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.9 Bericht zu den Energetischen Quartierskonzepten Brolingplatz und Gravensteinstraße
Vorlage: VO/2025/14499**

Hierzu reden AM Pluschkell, Herr Dr. Gottelt, Frau Obel, wieder AM Pluschkell und der Vorsitzende.

Bericht:

Eine der Maßnahmen des Lübecker Masterplan Klimaschutz (MAKS) ist die Erstellung von jährlich zwei energetischen Quartierskonzepten, um u.a. die Sanierungsrate zu erhöhen und die Wärmewende auf Quartiersebene zu unterstützen (Maßnahme EB_San_4). Der vorliegende Bericht fasst die Ergebnisse der energetischen Quartierskonzepte „Brolingplatz“ (Anl.1) und „Gravensteinstraße“ (Anl.2) aus dem Jahr 2024 sowie die gestartete Umsetzung der Maßnahmen zusammen. Weiterhin gibt der Bericht einen Ausblick auf die Fortführung der Arbeiten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.10 Zwischenbericht "Fahrschein gegen Führerschein" - Durchlauf 2023
Vorlage: VO/2025/14602**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 6.1 Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

**zu 6.1.1 Antwort auf die Anfrage des AM Dr. Ulrich Brock (CDU) zum Raumbedarf an der Schule Grönauer Baum
Vorlage: VO/2025/14033-01**

Anfrage:

Anfrage des AM Dr. Ulrich Brock (CDU) im Bauausschuss am 03.03.2025 (VO/2025/14033):

Die Räume an der Grundschule Grönauer Baum sind stark renovierungsbedürftig. Außerdem nimmt die Anzahl der Klassen durch eine aufwachsende Vierzügigkeit zu. Auch für das neue Schuljahr wird aufgrund der vorliegenden Schüleranmeldungen erneut mit vier Eingangsklassen geplant. Die Raumkapazitäten sind jedoch weitestgehend ausgeschöpft, der Wunsch der Schule nach temporärer Aufstellung eines weiteren (einfachen) Klassencontainers (ein "wertiger Langzeitcontainer" existiert bereits) wurde von der Verwaltung in der Vergangenheit abgelehnt.

Die Modernisierung und Erweiterung der Schule ist in der Vergangenheit bereits mehrfach verschoben worden. Nach der aktuellen Investitionsplanung (2025) soll mit den Baumaß-

nahmen nunmehr im Jahr 2027 begonnen werden. Eine größere Containeranlage zur Auslagerung von Teilen der Schule soll zum Schuljahr 2026/2027 aufgestellt werden. Bis dahin gilt es, eine Lösung für den aktuellen Raumbedarf zu finden.

Hierzu frage ich die Verwaltung:

- 1.) Ist es zutreffend, dass der Musikraum der Schule (letzter verfügbarer größerer Raum, der neben dem Musikunterricht auch für schulische Veranstaltungen, Konferenzen, Elternversammlungen, etc. genutzt wird) gegen den ausdrücklichen Wunsch von Eltern und Lehrerschaft durch Abtrennung von Flächen für die Schaffung des benötigten Klassenraums zweckentfremdet deutlich verkleinert werden soll?
- 2.) Welche Kosten entstehen durch diese temporäre Maßnahme und deren späterer Rückbau?
- 3.) Aus welchen Gründen ist die Aufstellung eines einfachen Klassencontainers für die Dauer bis zur „großen Übergangslösung“ abgelehnt worden?
- 4.) Wurde als Übergangstandort die Teilfläche des Schulhofes neben der Turnhalle geprüft (hier stand in der Vergangenheit bereits einmal eine Containerlösung mit Versorgungsanschlüssen über die nebenstehende Turnhalle)?
- 5.) Welche Kosten würden durch eine temporäre Containeranlage entstehen?
- 6.) Ist die Planung zur Modernisierung und Erweiterung der Schule, mit Baubeginn im Jahr 2027, nunmehr verbindlich?

Wegen des konkreten Handlungsbedarfes bis zum Beginn des Schuljahres 2025/2026 wird um eine kurzfristige Beantwortung dieser Anfrage gebeten.

Antwort:

1. *Ist es zutreffend, dass der Musikraum der Schule (letzter verfügbarer größerer Raum, der neben dem Musikunterricht auch für schulische Veranstaltungen, Konferenzen, Elternversammlungen, etc. genutzt wird) gegen den ausdrücklichen Wunsch von Eltern und Lehrerschaft durch Abtrennung von Flächen für die Schaffung des benötigten Klassenraums zweckentfremdet deutlich verkleinert werden soll?*

Antwort:

Durch die Bereiche GMHL sowie Schule und Sport wurden verschiedene Lösungsansätze zur kurzfristigen Schaffung eines zusätzlichen Raumangebotes für die Schule Grönauer Baum untersucht und bewertet. Die bestehenden Lösungsmöglichkeiten wurden am 07.03.2025 bei einem gemeinsamen Termin den Vertreter:innen von Schulleitung, Leitung Ganztage sowie der Elternschaft durch die genannten Bereiche vorgestellt.

Es musste dabei darauf hingewiesen werden, dass die Inbetriebnahme der Erweiterungsflächen zum Schulbeginn am 08.09.2025, insbesondere wegen des notwendigen Genehmigungsverfahrens mit der Einbindung eines externen Prüfsachverständigen für Brandschutz, zeitlich nur die durch die Variante der vorübergehenden Abtrennung eines Teiles des Musikraumes erzielt werden konnte. Es wurde dabei zugesichert, dass auch bei Flächenabtrennungen der Musikraum den Standardbedarf von 70 m² auch in dem einen Schuljahr übererfüllen wird. Zudem wurde bestätigt, dass die vorübergehenden, benachbarten Nutzungen geeignete Schallschutzmaßnahmen erhalten werden, um eine gegenseitige Beeinträchtigung nach Möglichkeit auszuschließen.

Da die Schule Grönauer Baum einen Schwerpunkt auf die musikalische Bildung setzt und dabei eine Unterstützung der Haukohl-Stiftung erfährt, stellt dies eine Herausforderung für die Schule dar. Das GMHL und der Bereich Schule und Sport sind sich dessen bewusst

und arbeiten parallel an der Bereitstellung ausreichender Ausweichflächen mit Ankauf von „DRK-Containern“, um den Musikraum ab dem Schuljahr 2026/2027 der Schule wieder im vollen Umfang verfügbar zu machen.

Ein von der Schule am 07.03.2025 vorgeschlagener Lösungsansatz zur Doppelnutzung von Ganztagsflächen als Alternative zur Musikraumabtrennung musste die Schule nach interner Prüfung am 19.03.2025 zurückziehen. Am 28.03.2025 erhielten wir anschließend die Rückmeldung der Schulleitung mit einer Zustimmung zur Musikraumabtrennung.

2. *Welche Kosten entstehen durch diese temporäre Maßnahme und deren späterer Rückbau?*

Antwort:

Die Maßnahme wurde zwischenzeitlich umgesetzt und die Flächen termingerecht zum Schulbeginn in Betrieb genommen. Die Kosten werden sich auf ca. 50.000 EUR belaufen. Durch den Rückbau entstehen Kosten von derzeit prognostizierten 5.000 EUR.

3. *Aus welchen Gründen ist die Aufstellung eines einfachen Klassencontainers für die Dauer bis zur „großen Übergangslösung“ abgelehnt worden?*

Antwort:

Der Errichtung eines einfachen Klassenraumcontainers setzt grundsätzlich vergleichbare, zeitintensive Prozesse der Vergabe von Planungs- und Bauleistungen nach Vergaberecht, der Planung, der Genehmigung sowie der Errichtung voraus. Eine grob aufgestellte Terminplanung ergab, dass die Fertigstellung bis zum Schuljahresbeginn 2025/2026 auch nicht ansatzweise erzielbar gewesen wäre. Insbesondere stellt dabei das Genehmigungsverfahren in dem Aufgabenfeld des externen Prüfenieurs für Brandschutz einen nicht kalkulierbaren Zeitbedarf dar.

4. *Wurde als Übergangstandort die Teilfläche des Schulhofes neben der Turnhalle geprüft (hier stand in der Vergangenheit bereits einmal eine Containerlösung mit Versorgungsanschlüssen über die nebenstehende Turnhalle)?*

Antwort:

Wie in den Antworten zu Frage 1 und zu Frage 3 beschrieben, wurden alle technisch möglichen Handlungsoptionen geprüft und bewertet. Auch für nur einen lediglich vorübergehenden Standort im Schuljahr 2025/2026 sind neben Planungs- und Umsetzungsprozesse auch zeitintensive Vergabe- und Genehmigungsverfahren in der Terminplanung zu berücksichtigen. Sie stellten hier ein Ausschlusskriterium unter der Vorgabe der Errichtung bis zum Beginn des Schuljahres 2025/2026 dar.

5. *Welche Kosten würden durch eine temporäre Containeranlage entstehen?*

Antwort:

Für drei temporäre Klassenräume mit WC-Anlage würden Kosten von ca. 700.000 EUR zzgl. 500.000 EUR Mietkosten für fünf Jahre entstehen. Die Baugenehmigung gilt für max. fünf Jahre. Aktuell wird der Ankauf der DRK-Container geprüft. Damit würden auch die fehlenden Raumkapazitäten für die Ganztagsbetreuung und die Verwaltung hergestellt werden können.

6. *Ist die Planung zur Modernisierung und Erweiterung der Schule, mit Baubeginn im Jahr 2027, nunmehr verbindlich?*

Antwort:

Nein, über die Umsetzung entscheidet die Bürgerschaft am 06.11.2025 auf der Grundlage der Beratungen zum Investitionshaushalt 2026 und unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten der Hansestadt Lübeck.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2 Neue Anfragen

zu 6.3 Mitteilungen des Vorsitzenden und der Fachbereichsleitung

zu 6.4 Sonstige Mitteilungen

**zu 6.4.1 Sitzungstermine Bauausschuss 2026
Vorlage: VO/2025/14459**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

zu 6.4.2 Mündliche Mitteilung (5.610): Mobilitätskonzept Neue Teutendorfer Siedlung

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese

Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses verlagt.

zu 6.4.3 Wochenmarkt am Brink: Erreichbarkeit während der Baumaßnahmen zum Radschnellweg; Inanspruchnahme von Wochenmarktsflächen im Zuge der Baumaßnahmen

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses verlagt.

zu 6.4.4 Mündliche Mitteilung (5.610): Sachstand der Entwicklung und konzeptionelle Rahmenbedingungen zum ehem. Schlachthofgelände

Frau von Kloneczynski führt in das Thema ein.

Herr Brauer und Herr Wansleben stellen das Vorhaben anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, vor.

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen der Vorsitzende, AM Ramcke, Frau von Kloneczynski, AM Pluschke, Herr Brauer, Herr Brandt, AM Teschner, AM Blankenburg, AM Stolzenberg, AM Luetkens und Senatorin Hagen.

Auf Nachfrage von AM Ramcke und des Vorsitzenden erklärt Senatorin Hagen, dass es unumgänglich sei, dass sich die Bürgerschaft hierzu positioniere. Sie sagt zu, dass die Verwaltung der Bürgerschaft einen entsprechenden Beschlussvorschlag unterbreiten werde.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende ruft TOP 5.8 auf.

zu 6.4.5 Mündliche Mitteilung (5.610): Bauvorhaben Damaschkestraße

Gemäß TOP 1 verlagt.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 AM Sascha Luetkens (Fraktion Linke & GAL): Nachpflanzung von Alleebäumen in Ivendorf
Vorlage: VO/2025/14554**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Be-

endigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.2 Antrag von AM Sascha Luetkens (Fraktion Linke & GAL): Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Ratzeburger Allee für die Zeit der Baustellensituation
Vorlage: VO/2025/14566**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.3 Antrag AM Stolzenberg (Die FRAKTION): Prüfauftrag zur Errichtung einer öffentlichen Sport- und Freizeitanlage im Orkney Park in Travemünde
Vorlage: VO/2025/14607**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.4 Jochen Mauritz (CDU), Arne-Matz Ramcke (BÜ90/DIE GRÜNEN), Dan Teschner (FDP): Zweispuriges Abbiegen von der Straße "Bei der Lohmühle" nach links in die Fackenburger Allee
Vorlage: VO/2025/14617**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 19:18 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 19:19 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Es wird um die Anwesenheit von Herrn Bunk, Herrn Graap und Frau Belchhaus gebeten.
Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst habe.

Er beendet die Bauausschusssitzung um 19:41 Uhr.

Lübeck, den 24. März 2026

Dr. Ulrich Brock
Vorsitzende/r

Wilk Wendorff
Protokollführung